

Sozialistische Jugend Deutschlands

Die Falken LV Hessen



Antrag (A3): Bildungspolitische Forderungen

Antragsteller: Landesvorstand

Hintergrund

Demokratie als Gesellschaftsform ist im Besonderen auf Bildung angewiesen, da sie nicht ohne die Beteiligung und die Mitwirkung der Menschen auskommt. Nicht nur die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass Bildung in der Demokratie notwendig ist, weil Demokratie nicht von selbst entsteht. Sie muss immer wieder neu erlernt, gelebt und gemeinsam gestaltet werden. Gleichzeitig kann ein eher pädagogisches Ziel der Erziehung hin zu einer Gesellschaft aus mündigen und emanzipierten Menschen nicht ohne Politik gedacht werden, da die Fragen, wie Erziehung ausgerichtet ist und welchen Stellenwert sie erhält immer von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und damit auch dem politischen Diskurs abhängen. Aus diesem Grund lassen sich Erziehung, Bildung und Politik nie ganz trennen.

In Jugendverbänden konstituiert sich ein gesellschaftlicher Ort der prädestiniert dafür ist Demokratie am eigenen Leib zu erfahren. Es gibt kein vorgegebenes Curriculum, sondern die Beteiligten entscheiden gemeinsam über das was und darüber wie etwas geschehen soll. An diesem Ort können junge Menschen die Erfahrung von Solidarität machen. Solidarität - im Gegensatz zur Konkurrenzsituation beispielsweise in der Schule - verstanden als die Einsicht, dass gemeinsame Ziele nur dann zu erreichen sind, wenn der Einzelne sich an gemeinsame Absprachen hält und diese auch von anderen einfordern kann. Dabei geht es in der Jugendverbandsarbeit im Gegensatz zur Institution Schule nicht darum die Kinder und Jugendlichen auf etwas vorzubereiten, was dann später kommt oder Eintritt.

Im Jugendverband werden im Sinne der Gesetzgebers (§§ 11 und 12 SGB VIII) die Interessen junger Menschen aufgegriffen und der Raum geboten alltägliche Prozesse selbstorganisiert gemeinschaftlich zu gestalten. Demokratie wird dadurch konkret und alltäglich gelebt und erfahrbar gemacht. Damit wird nicht für etwas gelernt, was außerhalb des konkreten Prozesses steht. Bildung begründet sich dann in der Frage, was müssen wir wissen, können und lernen um die gemeinsame Aufgabe zu bewältigen.

Als Träger der Kinder- und Jugendarbeit ist es unsere Aufgabe, Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen zu Menschen heranzuwachsen, die an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben.

Als Träger der außerschulischen Bildung erfüllen wir diesen Auftrag im Kontrast zur Schule. Das bedeutet wir schaffen durch unsere Angebote für junge Menschen einen Bildungsraum, der sich vom schulischen Bildungsbegriff abgrenzt und gleichzeitig in einem kritischen und teils ergänzenden Verhältnis zur Schule steht. Bildung in Jugendverbänden zielt idealtypisch stets auf die individuelle Verortung im gesellschaftlichen Ganzen. Die Anderen erscheinen in solchen Prozessen sowohl als individuelle Einzelne, als auch als Mitstreiter*innen für gemeinsame Interessen.

Als Jugendverband geht es uns nicht nur darum, junge Menschen zu Erwachsenen werden zu lassen, die an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben, sondern wir wollen, dass sie ihre Wünsche und Interessen als der Teil der Gesellschaft im Hier und Jetzt Gehör finden und problematisiert werden, wenn dieses nicht der Fall ist. Dabei gehen wir davon aus, dass aufgrund der Erfahrungsdimension von Lernprozessen das eine nicht ohne das andere möglich ist.



Als Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken stehen wir in der antifaschistischen Tradition der Arbeiter*innenjugendbewegung. Wir sind ein Interessensverband all jener Kinder und Jugendlichen, die sich mit unseren Zielen identifizieren. Besonders treten wir aber für diejenigen Kinder und Jugendlichen ein, die von gesellschaftlichen Diskriminierungsstrukturen betroffen sind. Wir thematisieren und kritisieren in unserer Bildungsarbeit Diskriminierungsstrukturen in der Gesellschaft und setzen uns mit Solidarität und Diskussion gegen Ausgrenzung und Gewalt ein. Denn nur so kann eine demokratische Gesellschaft funktionieren. Demokratie braucht diese Bildung! Demokratie muss erlernt, gelebt und verteidigt werden. Nicht nur das Aneignen von Wissen und Kompetenzen, sondern auch die umfassende Bildung des Menschen im Sinne eines Verständigungsprozesses über gesellschaftliche Verhältnisse, die eigene Stellung in ihnen und eine dementsprechende Interessensfindung und –formulierung, muss ein allgegenwertiger Teil von Bildung sein. Nur so kann Demokratiefähigkeit, mit einem Bezug zum Gemeinwesen, interkultureller Kompetenz und der bewussten Auseinandersetzung mit Werten erlernt werden. Bildung kann in einer Demokratie nicht neutral sein. Um diesen Prozess zu ermöglichen, sehen wir aktuell von öffentlicher Seite deutlichen Handlungsbedarf.

Schule und Bildung

Als Träger der außerschulischen Bildung haben wir ein kritisches Verhältnis zum schulischen Bildungsbegriff. Würden wir denken, dass Bildung in der Schule ausreicht, könnten wir uns zurücklehnen oder darauf beschränken Freizeitpaß zu gestalten und hätten wesentlich weniger zu tun.

Dennoch muss grade in Zeiten in denen eine Orientierungslosigkeit in weiten Teilen der Gesellschaft deutlich wird, die in einem Erstarken rechtspopulistischer Tendenzen mündet, genau hier die politische Verantwortung wahrgenommen und von öffentlicher Seite gesteuert werden. Auch der schulische Bildungsbegriff muss einem Verständnis der Rolle von Bildung in einer Demokratie gerecht werden. Es bestehen bereits verschiedene Konzepte, die (schulische) Bildung als Prozess begreifen, Schüler*innen als kritische Menschen dazu ermächtigen sollen an sozialen Prozessen teilzuhaben, um eben dieser Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken. Doch derartige Konzepte müssen für die lokale Ebene konzeptioniert bzw. weiterentwickelt und in der Praxis umgesetzt werden. Demokratiebildung in öffentlichen Institutionen kann sich nicht darauf beschränken jungen Menschen das formale politische System zu erklären, vielmehr müssen sie dazu ermächtigt werden sich kritisch mit ihrem Umfeld auseinanderzusetzen, Positionen zu entwickeln und diese auch einzubringen. Dabei reicht es nicht das Klassenratsmodell¹ einzuführen. Das Modell bildet ohne eine Festlegung der konkreten Kompetenzen eine leere Hülse. Außerdem muss es durch ein entsprechendes Bildungsprogramm begleitet werden, das die Lehrer*innen zu Multiplikator*innen ausbildet.

Weiterhin muss Schule Raum für das außerschulische Engagement von Schüler*innen lassen. Für Schüler*innen ist ein zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur ein Erfahrungsraum, sondern sie sind mit ihren Interessen wichtige Träger einer demokratischen Zivilgesellschaft. Ebenso sind die Gestalter*innen und Funktionsträger*innen der Jugendverbandsarbeit zu großen Teilen Schüler*innen. Das Engagement dieser Menschen steht manchmal im Kontrast zu ihrem Stundenplan. Hier muss ein wirksamer Schutz geschaffen werden, um sowohl die Erfahrungen der Schüler*innen zu fördern als auch ihren Beitrag für die demokratische Zivilgesellschaft zu schützen.

¹ Beim Klassenratskonzept handelt es sich um ein pädagogisches Format, das bereits in verschiedenen Schulen in Hessen angewendet wird und das die Beteiligung in Schulen dadurch erhöhen soll, dass sich die Klasse in regulären gemeinsamen Treffen über bestehende Problemerkstellungen im Schulalltag austauscht und Lösungsstrategien entwickelt.

Sozialistische Jugend Deutschlands

Die Falken LV Hessen



Es ist wichtig Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen mitzugeben, um nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im sozialen und politischen Miteinander zu bestehen. Dabei müssen jungen Menschen ihre Rechte und Möglichkeiten vermittelt und gleichzeitig die Chance geboten werden, faktische Rechte in diesem sozialen Rahmen zu nutzen. Schule muss ein Ort für diesen demokratischen Bildungsprozess werden. Deshalb fordern wir:

1. Lehrer*innenfortbildungen, die einen demokratischen Narrativ in der Schule stärken, um Diskriminierung vorzubeugen und Resilienz gegenüber populistischen und ausgrenzenden Tendenzen zu fördern.
2. Einen Ehrenamtsschutz für alle Schüler*innen, die ihr Engagement als Funktionsträger*innen der Jugendverbandsarbeit ausdrücken
3. Beteiligungsmodelle, die nicht nur das Ziel der Klassenfahrt, sondern weitreichendere Kompetenzen beinhalten.
4. Projektwochen zum Thema Demokratiebildung für Schüler*innen, die von freien Trägern ohne Beteiligung der Lehrer*innen durchgeführt werden.
5. Freistellung von Kindern- und Jugendlichen am Nachmittag um an Jugendverbandsmaßnahmen teilzunehmen
6. Damit eine selbstbestimmte Freizeit außerhalb der Schule für Kinder und Jugendliche möglich ist, muss die Schulzeit inklusive des Aufwands für Hausaufgaben um 16.00 Uhr enden.

Bildung fängt früh an

Entgegen der vermeintlichen Prämisse des lebenslangen Lernens werden Bildung und Erziehung von öffentlicher Seite viel zu oft nicht ganzheitlich gestalten. Ein Resultat für unsere praktische Arbeit ist, dass beispielsweise die Arbeit mit Kinder unter 12 Jahren nicht als Bildungsarbeit gewertet wird und damit nur bedingt abrechnungsfähig ist. Damit wird die Begleitung des Entwicklungsprozesses von jungen Menschen anhand des Alters hierarchisiert, obwohl sich sowohl die Forschung schon seit Jahrzehnten impliziert, dass der Entwicklungsprozess von Kindern ebenso komplexe Anforderungen stellt wie der anderer Zielgruppen.

Es ist dramatisch, dass mit Kindertagestätten ein gesamter Sektor besteht, der weder in der Ausbildung der Erzieher*innen noch in der Lohnpolitik, noch in den Strukturen und Rahmen der praktischen Arbeit, die Wichtigkeit des Entwicklungsprozesses von Kindern zwischen 2 und 6 Jahren ausreichend Rechnung trägt. Dabei werden gerade in dieser Altersspanne die Voraussetzungen für Bildung als bewusste Reflexion auf sich und seine Umwelt geschaffen. Gerade hier müssen anhand von ersten demokratiepädagogischen Erfahrungen, einer positiven Konnotation menschlicher Pluralität und einer interessensgebundenen Alltagspädagogik verstärkt Akzente gesetzt werden, die es Kindern ermöglichen als Teil einer demokratischen Gesellschaft heranzuwachsen.

Kinder sind ein Teil der Gesellschaft und nicht erst dann in der Lage zu lernen und ihre Meinung zu äußern, wenn sie einen Wahlzettel lesen und verstehen können. Deshalb fordern wir:



1. Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung einer praktischen Antidiskriminierungsarbeit auf der Basis der positiven Konnotation menschlicher Vielfalt in Kindertagesstätten und Grundschulen
2. Entwicklung von Konzepten der interessenorientierten Alltagspädagogik für Kindertagesstätten
3. Entprekarisierung des Erzieher*innenberufs durch eine höhere tarifliche Vergütung.
4. Partizipationskonzepte für Kindertagesstätten
5. Monetäre Anerkennung des pädagogischen Gehalts in der außerschulischen Jugendarbeit für alle Altersklassen

Bildung hört nicht auf

Auch die Hochschule muss als Bildungsraum gesehen werden. Junge Erwachsene (viele unter 27 SGBVIII) werden hier im weitesten Sinne für ihren beruflichen Werdegang gebildet. Dabei darf der Arbeitsmarkt nicht das einzige Ziel sein. Bildung muss auch hier als demokratischer Prozess gedacht werden. Dazu muss sie auf die kritische Verortung der eigenen Position in der Gesellschaft abzielen und analytische Methoden vermitteln, die es ermöglichen, das entsprechende Fachwissen im Kontrast der sozialen Prozessen zu reflektieren sowie verständlich und nutzbar zu machen. Darüber hinaus müssen die Formen der Mitbestimmung angeknüpft an die Asten und Fachschaften ausgebaut werden. Es ist völlig unverständlich, dass weder auf individueller noch auf struktureller Ebene ausreichend Möglichkeiten bestehen, dass die Menschen, die der Bildungsanspruch betrifft, die Entscheidungen bezüglich der Inhalte und Faktoren ihres Bildungswegs mitgestalten. Dies gilt ebenso für Berufsschulen. Auch hier müssen eine Auseinandersetzung mit den sozialen Prozessen sowie eine Verortung der eigenen Person mit dem entsprechenden Fachwissen geschehen.

Gleichzeitig befinden sich viele Menschen, die in Jugendverbänden oder anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen organisiert sind im Studium oder der Ausbildung. Demnach ist es wichtig von staatlicher Seite zu gewährleisten, dass diese Menschen die Möglichkeit haben ihrem Ehrenamt nachzugehen und damit einen wichtigen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie zu leisten. Vor allem in Bezug auf die Hochschulen ergibt sich in einem föderalen System mit einem teils abgekoppelten Subsystem die Frage nach der Kompetenz. Hier muss von Seiten der Länder eine Initiative koordiniert werden, die es ermöglicht gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren entsprechende Schritte einzuleiten. Deshalb fordern wir:

1. Die Initiierung und Koordination eines strukturellen Demokratisierungsprozesses an Hochschulen unter Einbeziehung der Studierendenselbstvertretung auf Landesebene.
2. Die Einführung von Beteiligungsgremien mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen bezüglich Inhalt und Ausrichtung der Lehre in Berufsschulen.
3. Die Vermittlung wissenssoziologischer und –theoretischer Grundlagen in Berufs- und Hochschulen, die einen Bezug des erlernten Wissens zur Gesellschaft eröffnen



4. Die ehrenamtliche Tätigkeit von Auszubildenden und Studierenden muss durch ausreichende Freistellungsregelungen sowie eine Anpassung der staatlichen Förderstrukturen im Sinne des Ehrenamtsschutzes (Ferienschutz, Ferienkorridor, etc.) gewährleistet sein.

Bildung für Alle

Bildung und Bildungszugänge hängen immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab! Das fängt bei den Kindergartengebühren an und zieht sich bis zu den Unterhaltskosten während des Studiums oder der Ausbildung weiter.

Doch die Ungleichheit innerhalb des Bildungssystems kann nicht nur an der finanziellen Situation der Familie festgemacht werden. Immer noch zeigt sich, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass Menschen aus Familien mit einem geringen formalen Bildungsgrad einen höheren Bildungsabschluss erreichen. Die Weichen für die Entwicklung werden vor der Geburt der Kinder gesetzt, da die Familien aufgrund eines eigenen Erfahrungsmangels häufig nicht die Möglichkeit besitzen, die Kinder entsprechend der Erfordernisse zu fördern. Darüber hinaus haben unterschiedliche Erhebungen verdeutlicht, dass auch Lehrer*innen Kinder aufgrund ihres sozialen Hintergrunds unterschiedlich behandeln und bewerten. Vor diesem Hintergrund wird noch deutlicher, dass die Dreigliedrigkeit im Schulsystem hauptsächlich ein Ausgangspunkt für einen elitären Selektionsprozess ist. Dadurch entsteht ein System, in dem der Bildungsweg junger Menschen unabhängig von ihren persönlichen Interessen und Potenzialen vorherbestimmt wird. Gleichzeitig werden so Bildungshierarchien in der Gesellschaft gestützt, die die Lebenswege von Menschen kontinuierlich durchziehen.

Dieses System muss durch gezielte Maßnahmen aufgebrochen werden. Viele diesbezügliche Ansatzpunkte sind bereits seit Jahrzehnten bekannt und müssen nun Anwendung finden. Deshalb fordern wir:

1. längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung der Dreigliedrigkeit im Schulsystem, um die soziale Selektion zu mindern.
2. Personeller Ausbau der sozialpädagogischen Begleitung an Schulen mit dem spezifischen Ziel Menschen, den sozialen Zugang zu Bildung zu ermöglichen
3. Mitspracherecht der Begleitungsstrukturen bei der Erstellung und Umsetzung des Bildungsplans
4. Kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Meister und Master.
5. Eine bedingungslose Kindergrundsicherung
6. den Ausbau gezielter Beratungs- und Begleitangebote für Eltern in sozial benachteiligten Familien in Bezug auf die Unterstützung ihrer Kinder bei ihrem Bildungsweg
7. Soziale Sensibilisierung als Bestandteil der Lehrer*innenausbildung, um der Diskriminierung von Schüler*innen aufgrund ihrer sozialen Herkunft vorzubeugen.



Bildung außerhalb der ökonomischen Verwertbarkeit

Bildung wird immer verzweckter verstanden. Dabei richtet sich die Verzweckung lediglich darauf, dass junge Menschen Fertigkeiten und Fähigkeiten entwickeln und Wissen erlernen, die ihre Arbeitskraft im Sinne wirtschaftlicher Effizienz steigern. Die Diskussionen im Kontext der beruflichen Bildung, um den Kompetenzbegriff zielen in eine ähnliche Richtung. So werden hier mit den unterschiedlichen Sphären und Arten der Kompetenz Lernprozesse außerhalb der formalen Strukturen aufgewertet, gleichzeitig wird so jedoch auch die Freizeitphase in einen direkten Zusammenhang der wirtschaftlichen Verwertbarkeit gesetzt. Damit werden (junge) Menschen in allen Lebensbereichen auf ihre Funktion als Arbeitskraft reduziert.

Einem demokratischen Verständnis von Bildung stehen diese Entwicklungen entgegen, so muss Bildung hier vielmehr als spezifisch subjektive Verknüpfung der objektiven Welt verstanden werden. Ansonsten fehlt das Engagement als Grundlage für die Partizipation in einer demokratischen Gesellschaft. Weiterhin muss in die Erfahrung im sozialen Austausch im Fokus stehen, um sich innerhalb der Gesellschaft zu verorten und darüber hinaus einen Bezug für das erlangte Wissen zu erstellen und es entsprechend einbringen zu können. Diese soziale Komponente kann nur durch Erfahrungen in der Zivilgesellschaft erlangt werden. Davon auszugehen, dass die Bildung, die strukturelle Bereitstellung von spezifischen Wissensbausteinen bedeutet, die dazu führt, dass Menschen ihrem ökonomischen Nutzen erfüllen, verkennt demnach sowohl die wissenschaftlichen Kenntnisse zu menschlichen Lernprozessen als auch die Prämissen einer demokratischen Gesellschaft.

Auch Freizeit ist ein wichtiger Bestandteil von Lernprozessen. Es muss einen Ausgleich geben, der es (jungen) Menschen ermöglicht, außerhalb des Funktionierens im ökonomischen Kontext zu existieren. Deshalb fordern wir:

1. Die Absicherung der Möglichkeiten von ehrenamtlichen Engagement in Schule, Hochschule und Ausbildung (Bafög, ECTS für Ehrenamt?,)
2. Eine Absicherung adäquater Freizeitzeiten für junge Menschen durch gesetzliche Maßgaben zu Bildungszeiten (inklusive Vor- und Nachbereitung)
3. Maßnahmen zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Angeboten gegenüber Schule und Arbeitsmarkt

Politik muss bilden

In einer Demokratie nehmen die Funktionsträger*innen aus Politik und Verwaltung eine besondere Verantwortung auch in Bezug auf Bildung zu, da sie als Repräsentant*innen der staatlichen Strukturen auftreten. Die Demokratie in Deutschland besteht aus dem Staat und einer unabhängigen Zivilgesellschaft. Beiden Säulen haben in diesem Kontext einen Bildungsauftrag, den sie durch unterschiedliche Angebote umsetzen sollen. Die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft auch bezogen auf ihren Bildungsauftrag ist beispielsweise in Bezug auf Jugendverbände in § 12 SGB VIII vom Gesetzgeber beschrieben. Der Grund für diese Trennung liegt in der Erfahrung des Faschismus in Deutschland. Demnach nimmt die Zivilgesellschaft eine kontrollierende Funktion gegenüber dem Staat ein. In letzter Zeit verdichten sich auf lokaler sowie Landes- und Bundesebene Anfragen und Beiträge, die ein grundsätzliches Unverständnis dieses demokratischen Zusammenhangs ausdrücken und zivilgesellschaftliche Akteure diskreditieren.

Sozialistische Jugend Deutschlands

Die Falken LV Hessen



Gleichzeitig entwickelt sich vor allem mit dem Stichwort der Extremismusprävention eine Tendenz, die beinhaltet, dass zivilgesellschaftliche Träger, vor allem Bildungsträger, durch verschiedene Instrumente verstärkt vom Staat kontrolliert werden. Neben der bereits bestehenden Fördersituation, die zu einer Abhängigkeit der Träger von Drittmitteln und den damit einhergehenden Förderbestimmungen führt, wird dadurch nun der Auftrag einer unabhängigen Bildungsarbeit grundsätzlich gefährdet.

Darüber hinaus scheint sich in breiten Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Distanz zum formalen politischen System zu entwickeln, die mit einer Orientierungslosigkeit der Bürger*innen in Bezug auf die Verortung ihrer Interessen in diesem System einhergeht. Aus der pädagogischen Praxis als Kinder- und Jugendverband wissen wir, dass Antworten wie „Das ist einfach so“ oder „Das verstehst du nicht“ nicht dazu führen, dass selbstbestimmte Menschen heranwachsen. Transparenz und die Erklärung des Entscheidungswegs sowie der Gang der entsprechenden Konsequenzen von Seiten der Entscheidungsträger*innen sind essentielle Bestandteile einer demokratischen Praxis. Hierfür ist es wichtig, dass auch Politiker*innen, die selbst aus ganz unterschiedlichen fachlichen Kontexten kommen, abgesehen vom formalen Wissen der demokratische Bildungsprozess offen bleibt, um ihren eigenen Standort zu bestimmen und zu reflektieren. Deshalb fordern wir:

1. Ein demokratisches Bildungskonzept für die öffentliche Verwaltung.
2. Verpflichtende Einführungsworkshops zur Demokratie für neue Mandatsträger*innen in den Parlamenten
3. Gewährleistung der Unabhängigkeit des zivilgesellschaftlichen Bildungsauftrags durch Gesetzgeber und Ministerien
4. Ausbau der staatlichen Regelförderung in Hinblick auf den kontinuierlichen Beitrag zivilgesellschaftlicher Bildung in der Demokratie.

Sozialistische Jugend Deutschlands
Die Falken LV Hessen

